
KLAUSUR 2006

VERBESSERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN DER BERUFLICHEN ERSTINTEGRATION JUNGER MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN WIEN

Protokoll und Prozessdokumentation

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| VORWORT | 3 |
| 1. PROZESSBESCHREIBUNG | 4 |
| 2. VORBEREITUNGSTAG | 5 |
| 2.1. DIE SPIELREGELN FÜR DEN PROZESS | 5 |
| 2.2. DIE AUSGANGSSITUATION | 6 |
| 2.2.1. WAS FUNKTIONIERT BEREITS GUT | 7 |
| 2.2.2. WAS FUNKTIONIERT NICHT AUSREICHEND | 7 |
| 2.3. BILDUNG DER ARBEITSGRUPPEN | 9 |
| 3. ERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPEN | 9 |
| 3.1. ARBEITSGRUPPE 1 ANGEBOTSDIFFERENZIERUNG | 9 |
| 3.2. ARBEITSGRUPPE 2 ZIELGRUPPENANALYSE | 10 |
| 3.3. ARBEITSGRUPPE 3 KOMMUNIKATION UND KLARHEIT | 11 |
| 3.4. DIE STEUERUNGSGRUPPE | 11 |
| 4. DIE ABSCHLUSSVERANSTALTUNG | 12 |
| 4.1. THEMENBEREICH 1 INTEGRATIVE BERUFSAUSBILDUNG | 12 |
| 4.2. THEMENBEREICH 2 ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND WIRTSCHAFT | 14 |
| 4.3. THEMENBEREICH 3 UNTERVERSORGUNG VON ZIELGRUPPEN | 16 |
| 4.4. THEMENBEREICH 4 QUALITÄTSSTANDARDS UND STEUERUNG | 18 |
| 4.5. THEMENBEREICH 5: UMGANG MIT DEM SYSTEM SCHULE | 19 |
| 5. ANHANG | 20 |
| 5.1. PROZESSSTRUKTUR: | 21 |
| 5.2. ERGEBNISSE DER ARBEITSGRUPPEN | 22 |
| 5.3. LISTE DER TEILNEHMER/INNEN | 31 |

Vorwort

Die berufliche Integration von Jugendlichen mit Behinderungen nach Beendigung der Schulpflicht ist gerade in einer Großstadt eine besondere Herausforderung:

Einerseits ist die Situation am Arbeitsmarkt angespannt, andererseits gibt es viele Unterstützungsprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Deshalb wurde von der Landesstelle Wien im Vorjahr ein Prozess der Zusammenarbeit eingeleitet, an dem sich neben Akteur/innen der öffentlichen Hand (AMS, Fonds Soziales Wien, BSB Landesstelle Wien) auch Vertreter/innen von Projektträgern und Interessensvertretungen sowie Betroffenenorganisationen beteiligten.

Die vorliegende Publikation fasst nun das Ergebnis dieses Arbeitsprozesses zusammen und bietet damit gleichzeitig die Grundlage für die weitere Bearbeitung.

Unabhängig von den beschriebenen Umsetzungsschwerpunkten wurden bereits im Prozessverlauf zahlreiche Inhalte entwickelt, die in den Arbeitsalltag und in die Weiterentwicklung bestehender Projekte einfließen werden bzw. bereits zu Neuentwicklungen geführt haben.

Neben dem inhaltlichen Nutzen verbesserte die Begegnung zwischen den einzelnen Systemen die Kooperation und Zusammenarbeit.

Vielen Dank an alle Organisationen, die sich so bereitwillig auf diesen intensiven Arbeitsprozess eingelassen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landesstellenleiter Wien

Dr. Günther Schuster



1. Prozessbeschreibung

Anfang des Jahres 2005 traf sich eine Gruppe, bestehend aus Bundessozialamt (BSB), WUK *faktor i* und drei SelbstvertreterInnen mit dem Plan eine Veranstaltung zu organisieren, das Wiener System der beruflichen Integration weiterzuentwickeln und zu optimieren. Die Grundidee war, alle drei an der Integration beteiligten Perspektiven – also öffentliche Hand, Trägerorganisationen und Betroffene - in die Entwicklung von Verbesserungen einzubeziehen um somit den bestmöglichen Output zu erzielen.

Da die Problembereiche ausführlich bearbeitet und analysiert, bzw. konkrete, umsetzbare Lösungsvorschläge gemeinsam erarbeitet werden sollten, einigten sich die Beteiligten auf folgendes Prozessdesign. Im Rahmen einer Vorbereitungsveranstaltung sollen im Delegationsprinzip VertreterInnen die wesentlichen Problembereiche definieren. Danach folgt die Arbeit an den ausgewählten Themen in gemischten Arbeitsgruppen. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung (= Klausur) im Frühjahr 2006 sollen die zusammengeführten Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage für die weitere Vorgehensweise dienen.

Um die drei Perspektiven der an der beruflichen Integration Beteiligten adäquat berücksichtigen zu können, wurden viele Überlegungen angestellt wie Partizipation einerseits aber Handlungsfähigkeit der Arbeitsgruppen andererseits ermöglicht werden kann.

Daher wurde folgender Rahmen festgelegt:

Seitens der Behörden nahmen drei VertreterInnen des BASB, je zwei VertreterInnen des Arbeitsmarkservice (AMS) und Fonds Soziales Wien (FSW) teil, seitens der Betroffenen fünf Personen verschiedener Selbst- und Elternvertretungen. Die Träger nominierten insgesamt acht VertreterInnen, wobei je eine/r von JAW, Wien Work und einer Beschäftigungstherapieeinrichtung (BT) und fünf gewählte Delegierte von kleineren Instituti-

onen teilnahmen. Die detaillierte Liste aller TeilnehmerInnen ist im Anhang zu finden.

Das BSB zeichnete sich prozessverantwortlich und stellte Ressourcen zur Verfügung. Alle teilnehmenden Organisationen waren gemeinsam ergebnisverantwortlich. Eine Steuerungsgruppe wurde für die Prozessbegleitung und Steuerung gebildet. Auch in diese Gruppe wurden je zwei Delegierte von Behörden, Trägern und Selbstvertretungen entsendet.

2. Vorbereitungstag

Das erste Treffen der 20 Delegierten (Namen und Institutionen siehe Anhang) fand am 14. Juni 2005 in den Räumlichkeiten des BSB-Wien statt und wurde von einer Moderatorin unterstützt. Ziel für diesen Tag war, zu einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage und Vereinbarungen über die Spielregeln des Prozesses zu finden.

An Hand der Darstellung der Ausgangssituation in Wien wurden danach die zu bearbeitenden Themen/Problembereiche definiert. Abschließend wurden Arbeitsgruppen zu den Themen gebildet.

2.1. Die Spielregeln für den Prozess

Die bestehenden Abhängigkeiten können im Prozess nicht außer Kraft gesetzt werden. Trotzdem ist es notwendig, dass offen und konkret über vorhandene Problembereiche gesprochen wird.

Es soll an solchen Veränderungen gearbeitet werden, die auch selbst aktiv umgesetzt werden können. Diese Ergebnisse sollen eine hohe Verbindlichkeit beinhalten. Das setzt jedoch auch voraus, dass keine Fremdverpflichtungen getroffen werden. Die Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen

soll alle Perspektiven (Behörden, Betroffene und Institutionen) beinhalten. Für die Diskussion ist ein gemeinsames Begriffsverständnis erforderlich.

2.2. Die Ausgangssituation

Wien hat als Großstadt spezielle Rahmenbedingungen. Dazu zählt in erster Linie das sehr differenzierte Angebot der beruflichen Integration, das von drei verschiedenen Fördergebern finanziert wird (siehe auch Grafik Abb.1 im Anhang). Einerseits führt dies zu einem breiten Angebotsspektrum für die verschiedenen Zielgruppenbedürfnisse, andererseits zu einer schwer überschaubaren Angebotslandschaft und hohem Koordinationsbedarf zwischen den Systemen.

Besonders komplex wurde die Situation auf Grund der der Beschäftigungsoffensive der österreichischen Bundesregierung, der so genannten „Behindertenmilliarde 2000/2001“. Im Zuge dessen kam es zu einer starken Ausweitung der Kapazitäten und zum Aufbau neuer Dienstleistungen (z.B. Clearing). Gleichzeitig wurde der Begriff der Behinderung auf junge Menschen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) ausgeweitet. Das führte zu einer markanten Vergrößerung der Zielgruppe und einhergehend mit einer Ausweitung der Bedürfnissituation.

Die Lehrstellenentwicklung zeigt einen eindeutig negativen Trend, den auch das Angebot der Integrativen Berufsausbildung (IBA) kaum beeinflussen konnte. Gleichzeitig steigt der Bedarf nach Beschäftigungstherapie ebenfalls an.

2.2.1. Was funktioniert bereits gut

Die grundlegende Kommunikation zwischen den Fördergebern untereinander und zwischen den Trägerinstitutionen untereinander funktioniert weitgehend befriedigend.

Besonders positiv fällt auf, dass Seitens der öffentlichen Hand hohe Wertschätzung der Arbeit der Trägerinstitutionen entgegengebracht wird, und dass es Interesse am inhaltlichen Austausch, an den Bedürfnissen der Zielgruppe sowie Offenheit für Vorschläge gibt.

Ein anderer positiver Aspekt betrifft die frühzeitige Unterstützung von Jugendlichen durch das Clearing. Dies führt zu verbesserten individuellen Integrationswegen.

2.2.2. Was funktioniert nicht ausreichend

Die gesammelten Themenbereiche lassen sich unter mehreren Überschriften zusammenfassen.

- Ausbau von Angeboten bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen (Arbeitsgruppe 1 Angebotsdifferenzierung)

Das Angebot der IBA und TQL am ersten Arbeitsmarkt sollte ausgebaut werden. Dafür bzw. für die berufliche Integration im Allgemeinen ist der verstärkte Kontakt zur Wirtschaft notwendig.

Es bedarf längerer Ausbildungen in Projekten für kognitiv schwächere Jugendliche, sowie niederschwellige Angebote für Jugendliche mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten. Auch der zweite Arbeitsmarkt benötigt mehr geeignete Plätze und ein breiteres Spektrum an Berufssparten.

Das Spektrum der Beschäftigungstherapie (BT) bedarf einer höheren Differenzierung. Die Übergänge zwischen BT und Arbeitsmarkt sollten erleichtert werden.

Ein Auffangbecken für gekündigte Personen wäre wünschenswert. Kritisch betrachtet wird der Quotendruck für Projekte und Maßnahmen. Gefordert wird eine Erhöhung der Nachhaltigkeit.

- Zielgruppenspezifische Analyse (Arbeitsgruppe 2 Zielgruppenanalyse)

Unter diesem Titel sollen die spezifischen Bedürfnisse bzw. Ausgangssituationen einzelner Zielgruppen analysiert und Verbesserungsbedarf erhoben werden. Dies betrifft auch geschlechtsspezifische Bedürfnisse und Angebote.

- Kommunikationsstrukturen und Übersicht (Arbeitsgruppe 3 Kommunikation und Klarheit)

Es wird eine Erhöhung der Transparenz bei den unterschiedlichen Aufgabengebieten angestrebt. Ein wichtiger Aspekt umfasst die Angebotsdifferenzierung hinsichtlich einer erhöhten Vielfalt unter Berücksichtigung einer größtmöglichen Klarheit. Eine notwendige Voraussetzung ist in diesem Bereich vor allem die Begriffsklärung, einschließlich einer vereinfachten, verständlichen Sprache. Anglizismen und fachsprachliche Ausdrücke sind zu vermeiden, bzw. zu reduzieren. Schließlich bedarf es einer Steigerung der Übersicht des Angebots. Das Einbeziehen der Betroffenen ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt.

Angestrebt wird außerdem eine Erhöhung der Effizienz in der Vernetzung, eine optimierte Ergebnisorientierung bei Projektvernetzungen, die Verbesserung der Kommunikation innerhalb und zwischen den Systemen.

- Verträge und Vertragsgestaltung

Die Transparenz bei Projektvergaben ist ein wesentlicher Aspekt dieses Themenkreises. Förderverträge sollen vereinheitlicht werden. Finanzpläne sollen klarer gestaltet werden. Weiters wird eine Erhöhung des Förderzeitraumes auf zwei bis drei Jahre angestrebt.

2.3. Bildung der Arbeitsgruppen

Am Ende des Vorbereitungstages wurden vier Arbeitsgruppen gebildet. Die Arbeitsgruppen 1-3 wurden jeweils mit VertreterInnen der Behörden, Träger und Betroffenen besetzt. Die vierte Arbeitsgruppe „Verträge“ wurde von Dr. Schuster übernommen, der die Inhalte auf Behördenebene thematisierte.

Die Arbeitsgruppen arbeiteten von Juli 2005 bis Februar 2006 und leiteten die Zwischenergebnisse laufend an alle ProzessteilnehmerInnen weiter.

Im folgenden Kapitel wurden die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Die ausführlichen Protokolle befinden sich im Anhang.

3. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

3.1. Arbeitsgruppe 1 Angebotsdifferenzierung

Auf Grund der sehr vielfältigen und komplexen Themenbereiche gestaltete sich die Arbeit in der Arbeitsgruppe sehr aufwendig. Im Rahmen von über zehn Treffen wurde versucht, die Themen zu erarbeiten und Lösungs- bzw. Verbesserungsvorschläge zu skizzieren.

Die Themenbereiche IBA und BT benötigten alleine bereits je drei Treffen.

3.2. Arbeitsgruppe 2 Zielgruppenanalyse

Der Ablauf der Tätigkeit der Arbeitsgruppe gestaltete sich folgendermaßen: Anlässlich eines *Vorbereitungstreffens* wurde eine Definition der Spielregeln vorgenommen, sowie die Einbeziehung der Zielgruppen und ExpertInnen geklärt.

Daran anschließend folgten fünf Sitzungen in Zusammenarbeit mit ExpertInnen und selbst Betroffenen. *Schriftliche Beiträge zu den Themen Gender und Autismus wurden verfasst.* Die Zielgruppendefinition erfolgt nach dem Kriterium der Beeinträchtigung (Hörbehinderung, Sehbehinderung, Autistische Wahrnehmung, Psychische Erkrankungen, kognitiv-intellektuelle Beeinträchtigungen, Körperbehinderung). Das Thema Gender Mainstreaming wurde quer über alle Zielgruppen behandelt.

Im ersten Schritt wurde der Status Q erhoben: in welcher speziellen Ausgangssituation befindet sich die Zielgruppe, welche vorhandenen und guten Maßnahmen bestehen und was fehlt/müsste verändert werden?

Besonders profitiert hat die Arbeitsgruppe von den ExpertInnen. Es kam deshalb zu konstruktiven Gesprächen mit sehr konkreten Vorschlägen. Einige Empfehlungen wurden über alle Zielgruppen hinweg getätigt. Diese betreffen vor allem den Wunsch nach niederschwelliger Angeboten und den Themenkreis Schule.

Festgehalten wurde, dass schon das Gespräch einen Wert an sich darstellte: Die Wissensaufnahme führt indirekt zu ihrem Niederschlag auf die tägliche Arbeit.

3.3. Arbeitsgruppe 3 Kommunikation und Klarheit

Insgesamt fanden sieben Treffen statt. Zum Thema Klarheit und Übersichtlichkeit wurde ein Übersichtstool für Wien geschaffen. Eine Matrix, die verdeutlichen soll, für welche Zielgruppen, welche Maßnahmen in welchem Ausmaß vorhanden sind. Zur Beschriftung der Achsen wurden Begriffsklärungen vorgenommen.

Zum Thema Kommunikation wurden zwei Vorschläge für straffere Strukturen erarbeitet.

3.4. Die Steuerungsgruppe

Während die Arbeitsgruppen an den Inhalten arbeiteten, traf sich die Steuerungsgruppe kontinuierlich um den Fortgang des Prozesses zu beobachten. In der Steuerungsgruppe waren wiederum je zwei VertreterInnen Behörden, Träger und Betroffene vertreten. Da der Prozess allerdings zügig voranschritt und keiner Korrektur bedurfte widmete sich die Steuerungsgruppe der Aufgabe die Abschlussveranstaltung (Klausurtag) vor zu bereiten.

Diesbezüglich war der Fokus, wie die beteiligten Personen zu gemeinsamen Entscheidungen, Vereinbarungen und konkreten Schritten gelangen werden. Die intensive Arbeit der Arbeitsgruppen führte zu einer Vielzahl von Ergebnissen (94 Einzelergebnisse) und Vorschlägen. Da auch der Detaillierungsgrad sehr hoch war mussten die Ergebnisse nachbearbeitet werden.

Auffallend bei der Durchsicht der Einzelergebnisse war, dass es immer wieder ähnliche Vorschläge gab die von verschiedenen Arbeitsgruppen skizziert wurden und dass Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet wurden die Bedürfnisse mehrerer Zielgruppen gleichzeitig bedienen.

Unter diesem Gesichtspunkt fasste die Steuerungsgruppe die Einzelergebnisse in fünf Themenblöcke zusammen:

- a) Umgang mit dem System Schule
- b) Integrative Berufsausbildung (IBA)
- c) Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaft
- d) Qualitätsstandards und Steuerung
- e) Unterversorgung von Zielgruppen

Die Aufbereitung der Inhalte für die Abschlussveranstaltung folgt im nächsten Kapitel.

4. Die Abschlussveranstaltung

Im Rahmen der Abschlussveranstaltung sollten Entscheidungen und Vereinbarungen getroffen werden welche Verbesserungen umgesetzt werden. Im ersten Schritt wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen an Hand der Aufbereitung der Steuerungsgruppe präsentiert und auf Vollständigkeit überprüft. Danach wurden die Umsetzungsempfehlungen jedes der fünf Themenbereiche diskutiert und Vereinbarungen über die Zuständigkeit und die zeitliche Komponente der Umsetzung getroffen.

4.1. Themenbereich 1 Integrative Berufsausbildung

Als Ausgangssituation ist eine fehlende Nachfrage der Betriebe bezüglich integrativer Berufsausbildung (IBA) mit nur zögerlicher Umsetzung der vorhandenen Möglichkeiten zu konstatieren. Dabei sind unklare Kommunikationsstrukturen und problematische Funktionsabläufe auszumachen. Auch im öffentlichen Bereich (Bund, Stadt Wien) sind integrative Ansätze

innerhalb der Lehrstellenaktionen noch nicht ausreichend verankert. Deshalb existiert IBA derzeit fast ausschließlich im überbetrieblichen Bereich.

Als Bearbeitungsansatz soll ein Konzept für die Wiener Betriebe erstellt werden. Besondere Bedeutung hat die Erfassung der Zuständigkeit unter Einbindung der Schulen. Interesse wird diesbezüglich von Seiten der Schulinspektoren signalisiert. Die Abläufe der IBA sollen überprüft und optimiert werden. Schließlich ist eine gemeinsame Botschaft an die Politik geplant.

Weiters werden die Optimierung des Clearings für alle Jugendliche und der Ausbau des Mentoring gefordert. Trägereinrichtungen sollen für die Teilqualifizierung geöffnet werden.

Außerdem wird angemerkt, dass KlientInnen mitunter die Erfahrung kommunizieren, zwischen den Akteuren „herumgereicht“ zu werden. Diesbezüglich bedarf es einer Klärung der Zuständigkeiten. Wenig rationale Prozesse sollen deshalb festgehalten und an die Entscheidungsträger in Form eines Berichts an die Entscheidungsträger übergeben werden.

- Getroffene Vereinbarungen

| Vereinbarung "was" | Beteiligte "wer" | Ist-Stand/Zeitraumen "wann" |
|---|--|---|
| Darstellung des Ist-Zustands der integrativen Berufsausbildung | Gerda Challupner (AMS), Andrea Schmon (BASB), Clearing, BASS, | aktuell laufender Prozess |
| AG Optimierung der Zusammenarbeit der an der IBA Beteiligten (zur Verbesserung der Nachfrage in der Wirtschaft, der Abläufe und der Vereinbarkeit der betrieblichen und schulischen Anteile | Entscheidungsträger: BASB, LSI Berufsschule, AMS Jgdl, AMS Fachzentrum, BASS, Clearing, Qualifizierungsprojekte | Schulvertreter wurden informiert, Begleitstruktur und Organisation geklärt, nächster Schritt: Konstituierungstermin |

4.2. Themenbereich 2 Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaft

Der Auftritt der Behörden und Projekte gegenüber der Wiener Wirtschaft bedarf einer stärkeren Koordinierung. Es besteht zurzeit ein Informationsdefizit bezüglich Leistungspotentialen der Zielgruppen, Fördermöglichkeiten und rechtlichen Begleitumständen. Die Ansätze zur Problemlösung sind zeitlich nach kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zu unterscheiden:

- Kurzfristige Maßnahme

Das Bundeskanzleramt plant eine umfangreiche Erweiterung der Behinderntenplanstellen im Bundesdienst. Dazu ist eine Koordinationsstruktur zu erarbeiten.

- Mittelfristige Maßnahme

Es gibt eine prinzipielle Übereinstimmung der Behörden BASB, AMS und FSW bezüglich der Notwendigkeit einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Zielgruppe benachteiligter Jugendlicher. Dazu sollen bestehende Strukturen genutzt werden (z.B. Projekt Faktor-I). Zuvor ist die Frage der Akzeptanz seitens der öffentlichen Hand und der Fachbereiche zu klären

- Getroffene Vereinbarungen

| Vereinbarung "was" | Beteiligte "wer" | Ist – Stand/Zeitraumen "wann" |
|--|---|----------------------------------|
| Vorschlag für koordinierte Nachbesetzung der Bundesdienststellen in Wien | Vorarbeiten Ruth Bric, anschließende Übergabe an die BASE | 14. Juli 2006 |

| Vereinbarung "was" | Beteiligte "wer" | Ist – Stand/Zeitraumen "wann" |
|--|--|--|
| Vorschlag eines Ablaufs für die Nachbesetzung/Betreuung von (IBA-) Lehrstellen in der Gemeinde Wien | Ingrid Hofer, Renate Seper, BASS, Clearing | Bei Bedarf, voraussichtlich Herbst 2006 |
| Konzept f.d. strategische Kommunikation mit der Wiener Wirtschaft. Vorherige Rückmeldungen von Seiten der Träger | BASB, FSW, AMS; Vorarbeiten: Ingrid Hofer und Hemma Hologerschwandner | Befragung der Träger abgeschlossen, Zusammenfassung liegt beim BASB, bei positiver interner Entscheidung erfolgt die Projektvorbereitung |

- Ergänzende Inputs der Klausur – TeilnehmerInnen zu diesem Punkt

Die Bedürfnisse der Wirtschaft sollen berücksichtigt werden. Support Systeme werden idealerweise direkt in den Betrieben angesiedelt (denkbar könnte eine halbe Planstelle pro Unternehmen sein). Ein Beratungsangebot für Manager wäre eine Möglichkeit. Die Kooperationsstrukturen zwischen den Trägern und zwischen Behörden und Trägern bedürfen einer Optimierung. Die Strukturen im Hintergrund sollen klar und serviceorientiert gestaltet werden. Vor allem sollten die Prozesse an den Schnittstellen optimiert werden.

Zu vermeiden ist ein schlechter Verkauf der Produkte (Status Q: Gute Produkte, schlechte Vermarktung). Konkurrenzspielregeln müssen berücksichtigt werden. Die Gefahr der Erweckung falscher Hoffnungen wurde ebenso angesprochen.

Besondere Bedeutung haben reale Beispiele (Bilder und Vorbilder, „Best Practice“).

Das Recht auf Selbstbestimmung ist zu berücksichtigen. Strategien sollen auf breiter Ebene erarbeitet werden. Nicht nur die betriebs- sondern auch die volkswirtschaftliche Seite der Integration ist zu berücksichtigen

Es bedarf einer Evaluation der Maßnahmen, einer Zusammenfassung der Aktivitäten und Akzente, sowie der Verwendung KundInnen als WerbeträgerInnen.

4.3. Themenbereich 3 Unterversorgung von Zielgruppen

Einige Zielgruppen verfügen über Unterversorgung und leiden unter dringendem Entwicklungsbedarf der Angebote. Als Problemgruppen können Jugendliche mit psychosozialen Problemen und lernbehinderte Jugendliche ausgemacht werden. Im laufenden Prozess wurden bereits Lösungsansätze geschaffen, die einer Teilumsetzung (z.B. für Menschen mit autistischer Wahrnehmung) zugeführt wurden.

Eine stärkere Nutzung der Methode des Clearings innerhalb bestehender Systeme und Begutachtungsstrukturen wird erwogen. Derzeit nimmt ausschließlich das BASB Clearing-Dienstleistungen in Anspruch. Andere Institutionen sollten überprüfen, ob und inwiefern in ihrem Bereich Clearing notwendig ist.

Eine verbesserte Abstimmung der Akteure der öffentlichen Hand ist notwendig. Prinzipiell wurden folgende Grundzuständigkeiten und Strukturen ausgemacht:

Jugendliche mit psychosozialen Problemen: BASB übernimmt Prozess- und Gestaltungskompetenz; FSW stellt Einrichtungen zur Verfügung, sofern berufliche Integration nicht erfolgen kann.

Jugendliche mit intellektuellen Problemstellungen (Lernbehinderungen): FSW übernimmt Prozess- und Gestaltungskompetenz. Das BASB finanziert

arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, insofern eine berufliche Integration erfolgen kann.

Das AMS bleibt weiterhin für die berufliche Integration aller Zielgruppen verantwortlich und unterstützt die beiden anderen Fördergeber.

Dadurch soll eine optimale gegenseitige Unterstützung gewährleistet sein. Eine diesbezügliche Absichtserklärung wurde bereits gefasst.

Es wird eine sehr sorgfältige Erarbeitung und Vorbereitung gefordert. Die richtige Abfolge der Entwicklungen (Beachtung der Logik der Akteure) ist notwendig.

Zu vermeiden sind negative Auswirkungen von Kompetenzkonflikten und Zielgruppenverweigerungen. Zuordnungsschwierigkeiten bei Mehrfachproblematiken sind zu lösen.

- Getroffene Vereinbarungen

| Vereinbarung "was" | Beteiligte "wer" | Ist – Stand/Zeitraumen "wann" |
|---|-----------------------------|---|
| Klärung ob/welchen Bedarfs es in den eigenen Strukturen an Clearing gibt, durch Gespräche mit BASB und Abstimmung mit einem Clearing Träger | FSW, AMS | Erstes Treffen mit BASB hat bereits stattgefunden; weitere Abstimmung bei KT Jour Fix 3. Quartal 2006 |
| Vereinbarungen über Prozess- und Gestaltungskompetenz für Jugendliche mit psychosozialen Problemen (BASB) und Jugendliche mit Lernbehinderungen (FSW) | BASB und FSW | Ende Juni Erstpapier BASB ergeht bis Ende Juli 2006 |

4.4. Themenbereich 4 Qualitätsstandards und Steuerung

Wie bei nicht-behinderten Jugendlichen sind in der Zielgruppe Instabilität und vereinzelt schwierige Entwicklungsverläufe feststellbar. Dazu kommt eine generell problematische Situation am Arbeitsmarkt. Folge sind häufige Maßnahmenabbrüche, dis-funktionale Betreuungsverläufe und hoher Koordinationsbedarf zwischen Behörden, Trägereinrichtungen und BetroffenenvertreterInnen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist die Schaffung sinnvoller Arbeitsabläufe erforderlich. Dabei ist die trägerübergreifende Kooperation von hoher Priorität.

Es sollen Strategien bezüglich Standards und Quoten erarbeitet werden. Die Erschließung von Finanzierungsquellen ist ein wesentlicher Aspekt. Zu vermeiden ist eine weitere Erhöhung der Komplexität des Themenbereichs.

Redundante Maßnahmen und Konkurrenzsituationen sollen vermieden werden.

Eine weitere Erhöhung der Bürokratie und des administrativen Aufwands wird ebenfalls abgelehnt. Angestrebt wird eine partnerschaftliche Zusammenarbeit (FördergeberInnen, Betroffene, Behörden, Projekte) auf Basis gegenseitigen Vertrauens und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit.

Im Plenum wird hervorgehoben, dass die Schaffung einer Koordinationsstelle wünschenswert ist. Es wird jedoch angemerkt, dass eine klare Definition des Arbeitsbereichs dessen noch fehlt. Eine prinzipielle Übereinkunft bezüglich der Errichtung einer Koordinationsstelle existiert zwischen FSW, AMS und BASB.

Die vorhandenen Steuerungselemente sollen zudem institutionalisiert werden. Ein Prozess in der vorliegenden Form ist aufgrund von Ressourcenproblemen nicht fortführbar. Daher wurde angedacht jährlich eine Tagung

einzuberufen bei der über den Umsetzungsstand berichtet und gemeinsame Anpassungen/Neuausrichtungen festgelegt werden können.

- Getroffene Vereinbarungen

| Vereinbarung "was" | Beteiligte "wer" | Zeitraumen "wann" |
|--|--|--|
| Einrichtung einer Koordinationsstelle zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand, Träger- und Betroffenenorganisationen. | Zunächst Klärung zwischen BASB, FSW, AMS | Abklärungsprozess zwischen AMS, BASB, FSW ist derzeit im Gange |
| Entwicklung von trägerübergreifenden Zusammenarbeitsstrukturen zur Verbesserung von individuellen Maßnahmenverläufen | Ingrid Hofer, Hemma Hollergschwandtner | Bis zum Kostenträger Jour fix im 3.Quartal 2006 |
| Implementierung von zusätzlichen Betreuungsstrukturen im Zuge der Weiterentwicklung der Förderrichtlinien (Institutionalisierung von Nachbetreuung, trägerübergreifendes Mentoringprinzip, etc...) | BASB | Aufnahme in bundesweites Strategiepapier grundsätzlich gegeben; Umsetzung in Förderrichtlinien notwendig |

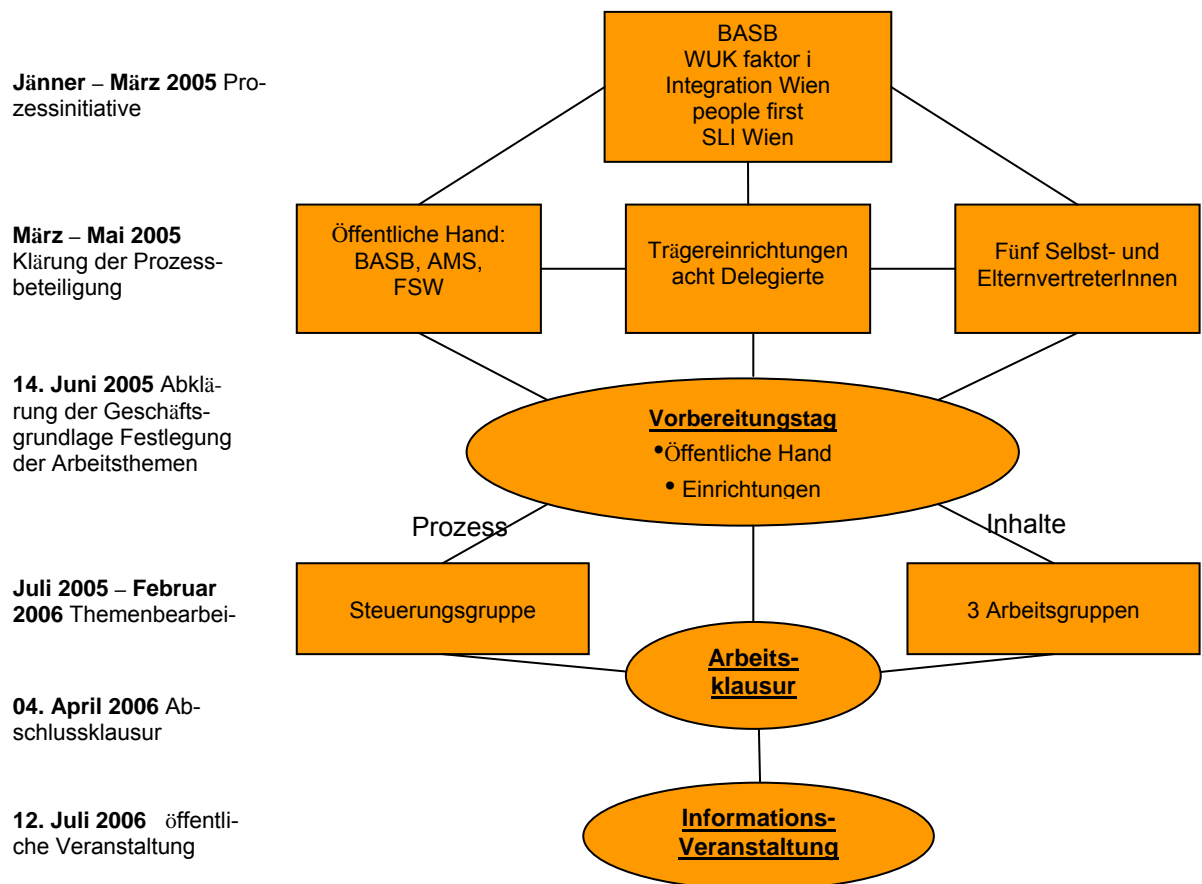
4.5. Themenbereich 5: Umgang mit dem System Schule

Da bis zu diesem Zeitpunkt keine SchulvertreterInnen am Prozess beteiligt waren, wurde am Klausurtag mitgeteilt, dass nach der bereits erfolgten Vorinformation der zuständigen Schulinspektoren das bereits bestehende halbjährliche Gremium des Fachbeirates dafür genutzt werden soll.

5. Anhang

- 5.1. Darstellung der Prozessstruktur**
- 5.2. Ergebnisse der Arbeitsgruppen**
- 5.3. Liste der Teilnehmer/innen**

5.1. Prozessstruktur:



5.2. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Thema 1: Zusammenarbeit mit System Schule

| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte? |
|--|--|--------------------------------|
| Weiterführung des Fachbeirates - mit Ausweitung der VertreterInnen (BAS dazunehmen) und konkrete Definition der Inhalte und Themen | Kontakt mit SSR, Definition gemeinsam beim nächsten Fachbeirat | AG Komm/Klarheit Pkt 2.1.1 |
| Hörbehinderung: Neugestaltung der Berufsschule (noch stärker praxisorientiert, Outdooraktivitäten) | Kontaktaufnahme Träger und SSR | AGZielgruppe HB2.a.1. |
| KiB: Längere Beschulung wäre wichtig! Teil der Nachreifung muss durch Schule gemacht werden. | gemeinsame Sitzung und Strategieentwicklung | AGZielgruppeKiB2.a.4 |
| KiB: Übergang von der Schule in den Beruf sollte für Jugendliche mit kognitiver Beeinträchtigung verlängert und intensiviert werden. | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppeKiB2.a.6 |
| GeM: Um nicht-technische Berufe für Burschen mit den entsprechenden Fähigkeiten interessanter zu machen, bereits in der Schule hinführen zu neutraler Berufsorientierung (weg von „typisch männlich“ und „typisch weiblich“) | Konzept | AGZielgruppeGeM2.a.2 |
| IBA - Berufsschule: noch kein ausreichendes bedarfsgerechtes Angebot / spezielle Unterstützung kaum genutzt?! | Berufsausbildungsassistenz / Bedürfnisse der Jugendlichen positionieren (dzt wenige Betroffenen) | AG Angebot A/2.1 und A/2.2. |
| Ausbau der Sekundarstufe 2 | Laufendes Projekt | AG Angebot B/2.2 |

Thema 2: Integrative Berufsausbildung

| IBA Notwendigkeiten | | |
|--|--|-------------------------------|
| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte |
| IBA - Kollektivvertragliche Regelungen bei TQ / was geschieht nach (!) der Ausbildung? | Sozialpartner einbinden.... | AG Angebot A/1.2. |
| IBA -Integrative Berufsausbildung / speziell Teilqualifizierung - Ausbildungsplätze finden durch spezielle Beauftragung? (eigenen ASS) | | AG Angebot A/2.2 |
| IBA - Öffentlicher Sektor / Schaffung von Ausbildungsplätzen | Laufendes Projekt | AG Angebot A/2.2. |
| IBA -Flexiblere Gestaltung und Ausbau des Clearings (Abholung von Schule? / Anrechnung von Berufsvorbereitungskursen / Dauer nach Bedarf) | | AG Angebot A/2.1 und A/2.2. |
| IBA - Zielgruppenproblematik: Jugendliche mit schwierigerer Integrationsproblemen finden zuwenig Berücksichtigung! | | AGAngebot A/1.2. |
| IBA - Berufliche Aus- und Weiterbildung für Menschen mit Behinderung - kaum bis keine Angebote für viele Zielgruppen | Behindertsprecher der Parteien einladen..... | AG Angebot A/1.2. |

Thema 3: Öffentlichkeitsarbeit <-> Wirtschaft

| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte |
|--|---|--------------------------------------|
| 3a. Öffentlichkeitsarbeit | | |
| Hörbehinderung: Öffentlichkeitsarbeit anregen | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe HB2.a.6 |
| Autismus: Popularität der Firmen steigern, die Menschen mit besonderen Bedürfnissen eingestellt haben bzw. einstellen z. B. durch gezielte Werbung | Konzept | AGZielgruppe Au2.a.7 |
| psy Erk.: Öffentlichkeitsarbeit notwendig um Ängste abzubauen | gemeinsame Strategieentwicklung | AGZielgruppe Psy2.a.4 |
| KiB: Mehr Werbung muss gemacht werden | gemeinsame Sitzung und Strategieentwicklung | AGZielgruppe KiB2.a.9 |
| KiB: Auflistung der Kosten eines Menschen mit Behinderungen → publik machen in der Öffentlichkeit, damit ein Umdenken stattfinden kann. | Forschungsauftrag | AGZielgruppe KiB2.a.7 |
| Integrative Berufsausbildung / Bewerbung in der Wirtschaft | Teilweise lfd Aktivitäten | AG Angebot A/2.2 + A/3 |
| Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen mit schwierigeren Integrationsproblemen: Öffentlichkeitsarbeit verstärken | Strategien erarbeiten.... | AG Angebot B/2.1 + 2.2. |
| 3b. Bedürfnisse der Wirtschaft | | |
| Hörbehinderung: Endziel: ist immer Integration am ersten Arbeitsmarkt | gemeinsame Sitzung und Strategieentwicklung | AGZielgruppe HB2.a.8 |
| Autismus: Bedürfnisse der Wirtschaft herauskristallisieren | Kontaktaufnahme mit Wirtschaft | AGZielgruppe Au2.a.4 |
| KiB: Die Bedürfnisse von DN und DG müssen zusammenpassen. | gemeinsame Planung | AGZielgruppe KiB2.a.1 |
| Autismus: Nischenplätze, die die Wirtschaft entlastet und rentabler macht, ausfindig machen | Kontaktaufnahme mit Wirtschaft | AGZielgruppe Au2.a.5 |
| Eine Ansprechsstelle / Förderung und Information für Unternehmen..... | | AG Angebot B/2.1. |

| 3c. Ausgleichstaxe und Kündigungsschutz | | |
|--|-------------------------|-----------------------|
| KiB: Ausgleichstaxe müsste sehr hoch sein (wie niederer Kollektivvertrag), sollte verwendet werden für Projekte oder Betriebe, die Behinderte anstellen. | | AGZielgruppe-KiB2.a.8 |
| Kö: „Sich freikaufen“ für Betriebe so teuer zu machen, dass diese es sich doch überlegen Menschen mit Behinderungen anzustellen. | Realisierbarkeit prüfen | AGZielgruppe-KÖ2.a.4 |
| Kö: Kündigungsschutz umformulieren bzw. reduzieren (= kalkulierbares Risiko) | Realisierbarkeit prüfen | AGZielgruppe-KÖ2.a.5 |
| Kö: Klein- und Mittelbetriebe müssten die Chance haben einen Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin mit Behinderung auf einfachem Wege kündigen zu können. | Realisierbarkeit prüfen | AGZielgruppe-KÖ2.a.6 |

Thema 4: Unterversorgung von Zielgruppen

| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte |
|---|--|--------------------------------------|
| Schaffung von Werkzeugen für den Überblick - in welchen Bereichen und bei welchen Zielgruppen Unterversorgung besteht | erster Schritt ist erledigt | AG Komm/Klarheit Pkt 1.2.1 |
| 4a. Hör- und Sehbehinderung | | |
| Hörbehinderung: Zusammenschluss von Vereinen zur Ideenfindung (peer counseling für den Großraum Wien) | Einladung durch Träger zu einem Brainstormingprozess | AGZielgruppe HB2.a.2. |
| Hörbehinderung: Nachreifung ermöglichen (1 ½ - 3 Jahre um soziale Fähigkeiten zu erweitern und das Bestehen im Alltag zu lernen wäre manchmal erforderlich und wünschenswert) | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe HB2.a.5 |
| Hörbehinderung: Equalizent und FSW in Gespräch für die Defizite ein Projekt zu starten (Projekt „Achtung“) | läuft | AGZielgruppe HB2.a.9 |
| Sehbehinderung: Überprüfung der Barrierefreiheit bezüglich einer Zugänglichkeit von Homepages | Konzept erarbeitet und diskutiert | AGZielgruppe SB2.a.2. |

| | | |
|---|---|-----------------------|
| Sehbehinderung: Kontrolle dieser Homepages durch blinde und sehbehinderte Fachleute | Konzept erarbeitet und diskutiert | AGZielgruppe SB2.a.3. |
| Sozialkompetenztraining ausbauen (Gehörlose) | | AG Angebot C / 1 |
| Sinnesbehinderung: mehr Berufswahlmöglichkeiten (Blinde, Gehörlose) | | AG Angebot C / 1 |
| 4b. Autismus | | |
| Autismus: Nachreifung besonders im Bereich des sozialen Beziehungsaufbaus | Konzept erarbeitet und diskutiert | AGZielgruppe Au2.a.1 |
| Autismus: langen Eingliederungsprozess einkalkulieren (1:1 Begleitung bei Bedarf, auch 5 Jahre) | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe Au2.a.3 |
| 4c. Psychische Erkrankung | | |
| psychische Erkrankung: neue Projekte ohne Druck für die Zielgruppe schaffen (für normal oder überdurchschnittlich intelligente Jugendliche) | Konzept erarbeiten | AGZielgruppe Psy2.a.1 |
| psy Erk.: so genannte niederschwellige Projekte schaffen (weniger Stunden am Beginn des Projektes mit Steigerung) | Konzept erarbeiten | AGZielgruppe Psy2.a.2 |
| psy Erk.: Ausbildungsform in Modulen (wo die Ausbildung in Etappen gemacht werden kann) | Konzept erarbeiten | AGZielgruppe Psy2.a.3 |
| psy Erk.: Peer Groups initiieren und begleiten | läuft | AGZielgruppe Psy2.a.6 |
| psy Erk.: Spezielle Projekte für den Erwerb von Bildung (Matura) schaffen | | AGZielgruppe Psy2.a.8 |
| psy Erk.: Ermöglichung von (Verhaltens)therapie | Recherche wer zuständiger Ansprechpartner ist | AGZielgruppe Psy2.b.1 |
| psy Erk.: Bestehende Projekte in der Dauer verlängern | läuft | AGZielgruppe Psy2.b.3 |
| psy Erk.: Bestehende Projekte für Zielgruppe öffnen | läuft | AGZielgruppe Psy2.b.4 |
| Projekte für psych. Behinderung mit differenzierten Zeitrahmen | | AG Angebot C / 1 |
| 4d. kognitiv intellektuelle Beeinträchtigung | | |
| KiB: Folge-Begleitung muss auch im Beruf stattfinden. | gemeinsame Planung | AGZielgruppe KiB2.a.2 |

| | | |
|--|---|-----------------------|
| KiB: Einrichtungen spezieller Art sind notwendig ⇒ Vorbereitung zur Integration, bis das Ausbildungsziel erreicht ist. | | AGZielgruppe-KiB2.a.5 |
| KiB: Dislozierte BT – Plätze müssten verstärkt zur Verfügung stehen, BT – Plätze dürfen nicht auflassen werden, da es Wartelisten gibt. | Konzepte erarbeiten | AGZielgruppe-KiB2.b.1 |
| KiB: Teilqualifizierung um weitere Berufsparten ausbauen | gemeinsame Sitzung und Strategieentwicklung | AGZielgruppe-KiB2.b.2 |
| KiB: Angebote müssten länger sein (mindestens 3 Jahre), BASB wird aber gemessen an Erfolgen, deshalb diese teuren Projekte nicht möglich sind | Konzepte erarbeiten | AGZielgruppe-KiB2.b.3 |
| Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte für Personen mit kognit. Beeinträchtigung öffnen (längerfristig) | | AG Angebot C / 1 |
| 4e. körperliche Behinderung | | |
| Kö: „Coach“ auf dem Weg der Ausbildung (Nicht immer können Eltern diese Rolle übernehmen.) | Konzept | AGZielgruppe-KÖ2.a.3 |
| Kö: Atypische Dienstverhältnisse (wie teilweise daheim zu arbeiten) | Strategieentwicklung | AGZielgruppe-KÖ2.a.11 |
| Kö: „Projekt Ausbildung Telearbeit“ (daheim mit Trainerinnen ausprobieren dürfen) | Strategieentwicklung | AGZielgruppe-KÖ2.a.12 |
| Kö: Beratungseinrichtungen für Menschen, die „rein körperbehindert“ sind (wo sie lernen können, wie sie selbständig vor dem potentiellen Dienstgeber auftreten) | Konzept | AGZielgruppe-KÖ2.a.9 |
| Kö: spezielles Clearing für diese Zielgruppe | Konzept | AGZielgruppe-KÖ2.a.10 |
| 4f. Betrifft alle Zielgruppen | | |
| Unterstützungssysteme entwickeln: Mentoring / Persönliche Assistenz / Jobcoach + dauerhafte Finanzierung | | AG Angebot / 1 |
| GeM: Um technische Berufe für Mädchen mit den entsprechenden Fähigkeiten interessanter zu machen, wäre eine homogene Gruppe für Praktika notwendig (Tischlerinnengruppe nur für Mädchen) | Strategieentwicklung | AGZielgruppe-GeM2.a.1 |

| | | |
|---|--------------------------------|--------------------------------------|
| GeM: bestehende Maßnahmen mit Schwerpunkten für Mädchen ausbauen und mehr publik machen | Konzept | AGZielgruppe-GeM2.b.1 |
| Ziel: Alternative Maßnahmenangebote - zur Nachreifung und Berufsintegration | | AG Angebot B/2.1 + 2.2. |
| Integrative Betriebe: Ausbau | | AG Angebot B/2.2 |
| Projekt für Personen mit lebhaften Lebensstil (sozial-emotional): Projekte mit Tagelöhnerbasis | | AG Angebot C / 1 |
| Angebote von Transitarbeitsplätzen verbessern: mehr Plätze, mehr Berufe, mehr Anbieter + Aufnahmepflicht | | AG Angebot C / 2 |
| Modelle für Supported employment ausbauen (da B-Therapie begrenzt bzw. Transitprojekte begrenzt) | | AG Angebot C / 3 |
| Teilzeitangebote für spezielle Zielgruppen mit geringerer Belastungsmöglichkeit | | AG Angebot D / Teilzeit |
| Mehr Berufssparten in den Maßnahmen | | AG Angebot D / Berufssparten |
| Maßnahmen mit starke Orientierung an der Arbeitsrealität (zielgruppenspezifisch) | | AG Angebot D /Arbeitsrealität |
| 4g. Alternativen zu BT und Kombimodelle | | |
| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte |
| Autismus: Eventuell Arbeitsplätze der BT in die freie Wirtschaft auslagern | Kontaktaufnahme mit Wirtschaft | AGZielgruppeAu2.a.6 |
| Ziel: statt B-Therapie - Integration in Betrieb / Zusammenarbeit mit Clearing intensivieren (TQ) | | AG Angebot B/2.1 + 2.2. |
| Wirtschaftsnahe Angebote anstelle von B-Therapie (z.B.: unterstützte Anlehre, Berufswahl...) / Vorteil d. rechtl. Absicherung | | AG Angebot C / 1 |
| B-Therapie: verstärkt Kontakte zu Betrieben durch Praktika, Volutariate bzw. dislozierte B-Therapie | | AG Angebot B/2.1 |

| | | |
|---|--|-------------------------|
| B-Therapie: Schaffung von beruflich qualifizierenden Angeboten in der B-Therapie (Definition von Zielen und von Standards) | | AG Angebot B/2.2 |
| Kombinationsmodell in Ausbildung: TQ = Teilzeit in Betrieb (Lohnförderung) + Teilzeit in B-Therapie (als Teil der Ausbildung) / Berufsausbildungsassistenz | | B/2.1 + 2.2. |
| Kombinationemodell in Berustätigkeit: - bei ALV-Leistungsbezieherinnen = bei AMS möglich - Ausweitung auf NichtleistungsbezieherInnen = Land? | | AG Angebot B/2.1 + 2.2. |

Thema 5: Qualitätsstandards und Steuerung

| 5a. Qualitätsstandard | | |
|---|------------------|-------------------------------|
| Ergebnis/Massnahme | nächste Schritte | wo sind die genaueren Inhalte |
| KiB: Kompetente Betreuungspersonen sind notwendig, die wissen, welche Behinderungsform welche Bedürfnisse mit sich bringt. | Fortbildungen | AGZielgruppe-KiB2.a.3 |
| KÖ: BeraterInnen = ExpertInnen (Notwendig ist eine Art von Beratung für die Jugendlichen, die sie erkennen lässt, wie sie sinnvoll und realistisch mit ihrer persönlichen Situation umgehen.) | Fortbildungen | AGZielgruppe-KÖ2.a.1 |
| Kö: Berater und Beraterinnen sollten den Jugendlichen Informationen geben, wie sie mit der Behinderung umgehen können, was sie auch finanziell beantragen können. | Fortbildungen | AGZielgruppe-KÖ2.a.2 |
| Beratungskompetenz: diversifiziertes Personal (Alter, Geschlecht) und Qualifikation | | AG Angebot D / Kompetenz |
| Nachhaltigkeit: Definition von Zielen, Standards (Evalierungskriterien / Erfolgskriterien) | | AG Angebot D / Nachhaltigkeit |
| Differenzierte Quotendruck: hin zu einer TQM Standards | | AG Angebot D / Quotendruck |

| | | |
|---|---|---|
| Ausbildungsdauer (Maßnahmendauer): Zielgruppendifferenziert - Selektionsdruck | | AG Angebot D / Ausbildungs- dauer |
| Vereinheitlichung von Begriffen (Zielgrup- pendefinition und Massnahmen) | erster Schritt ist erledigt | AG Komm/Klarheit Pkt 1.2.1 |
| 5b. Steuerung | | |
| Einrichtung eines offiziellen jährlichen Gre- miums mit allen Behörden, Auswahl an Trägern und Betroffenenvertretungen. In- halt: Austausch und Planung | Entscheidung darüber bei der Klausur | Ag Komm/Klarheit Pkt 2.1.2 |
| Zugang zum Hilffssystem erleichtern -> über ein Info_Z dass auf die Bedürfnisse der Zielgruppe, der Träger und der Geldgeber abgestimmt ist | schrittweise Abstimmung mit den Beteiligten, Evaluation der Veränderungen einplanen | AG Komm/Klarheit Pkt 1.2.2 |
| Hörbehinderung: Zusammenarbeit von AMS und WITAF -> Informationsmaterial visuell ansprechender gestalten und Videos für die Zielgruppe mit Untertiteln und Ge- bärdensprache versehen | Kontaktaufnahme Träger und AMS | AGZielgruppe HB2.a.3 |
| Hörbehinderung: Elternarbeit verstärken | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe HB2.a.7 |
| Hörbehinderung: Zusammenarbeit der be- troffenen Stellen verbessern | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe HB2.b.1 |
| Sehbehinderung: Clearing speziell auf die Zielgruppe abstimmen | gemeinsame Sitzung | AGZielgruppe SB2.b.1 |
| Autismus: Empfehlung zur Weiterbildung durch z.B. Clearingstellen | Konzept erarbeitet | AGZielgrup- peAu2.a.2 |
| Kö: Vernetzungsarbeit ausbauen | gemeinsame Sitzungen | AGZielgruppe- KÖ2.b.1 |
| IBA -Flexiblere Gestaltung und Ausbau des Clearings (Abholung von Schule? / Anrechnung von Berufsvorbereitungskursen / Dauer nach Bedarf) | | AG Angebot |

5.3. Liste der Teilnehmer/innen



In alphabetischer Reihenfolge der Institution:

Behörden:

Inge Friehs, AMS
Manfred Kendlbacher, AMS
Anna – Maria Curda, AMS
Günther Schuster, BASB
Andrea Schmon, BASB
Mario Jursitzky, BASB
Robert Bacher, FSW

Selbstvertretungen:

Anke Aschoff, Autistenhilfe
Renate Seper, Integration Wien
Christina Meierschitz, ÖAR
Gerhard Oberenzer, Pro Mente

Projekte:

Eveline Dietrich, BIKU Treff
Harald Motsch, JAW
Robert Gorth, ÖVBauWK
Doris Gottsbachner, VH Jobfabrik
Ruth Bric, WIN Arbeitsassistentz
Gabriele Krainz, WIN Clearing
Hemma Hollergschwandtner, Wien Work
Ingrid Hofer, WUK faktor i

Moderation und Protokoll:

Ingrid Schneider, Moderation
Leo Schlöndorff, Protokoll